

Kohlestrom ja, Atomkraft und Fracking nein? Ideologischer geht es nicht

Welt, 15.07.2022, Wolfgang Kubicki

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus239943223/Wolfgang-Kubicki-zu-Habecks-Energie-Kurs-Ideologischer-geht-es-nicht.html>

„Es ist nachgerade erstaunlich, wie sehr Robert Habeck an der Kohleverstromung gelegen ist“, schreibt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP)

Die Energiepolitik von Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) ist für Wolfgang Kubicki nicht mehr nachvollziehbar: Klimaschädliche Kohle ist okay, nicht aber saubere Atomkraft? Einen Kurs, der dem Land schadet, will der stellvertretende FDP-Vorsitzende nicht mittragen.

Die Prognose klingt hart, ist aber nicht übertrieben: Nach allem, was wir derzeit wissen, gehen wir schweren energiepolitischen, ökonomischen und innergesellschaftlichen Zeiten entgegen.

Die Bundesregierung steht vermutlich vor einer der größten Herausforderungen seit 1949. Auch deshalb, weil die befürchtete Krise auf eine mental bereits extrem aufgeraute Gesellschaft trifft, die die Friktionen der Corona-Pandemie und die zugehörigen politischen Maßnahmen noch nicht verarbeiten konnte.

Im Angesicht der kommenden Monate müssen Denkverbote, das Festhalten an ideologischen Fragen und kleinherzige politische Geländegewinne ausgeschlossen werden. Alle Konzentration muss darauf ausgerichtet werden, Schaden vom deutschen Volke zu wenden – wie es die Kabinettsmitglieder am 8. Dezember im Deutschen Bundestag feierlich geschworen haben.

Ministrable Duschtipps

Ich habe großes Verständnis dafür, wenn man auch die Bürgerinnen und Bürger bittet, ihren persönlichen Energieverbrauch zu überprüfen. Ob das nun mit ministrablen Duschtipps geschieht oder durch eine Briefmarke, wie es die Deutsche Bundespost im Jahr 1979 bei der zweiten Ölkrise tat, kann gerne weiter erörtert werden.

Allerdings ist es zuallererst die Aufgabe des Staates, alles Denkbare und Mögliche zu tun, um eine zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten. Bevor die Menschen im Land also in die staatsbürgerliche Pflicht genommen werden, muss sichergestellt sein, dass die staatlichen Möglichkeiten vollends ausgeschöpft wurden. Und da gibt es noch Potenzial.

Es hat mich und viele andere irritiert, als der Bundeswirtschaftsminister die Öffentlichkeit wissen ließ, Deutschland habe lediglich ein Wärme-, aber kein Stromproblem. Sollte das stimmen, stellt sich die Frage, wieso der Strompreis an der Leipziger Energiebörse dann innerhalb dieses Jahres um voraussichtlich 320 Prozent nach oben schnellte. Wieso denkt dann der Berliner Senat darüber nach, nachts Ampeln auszuschalten? Wieso wird gerade darüber diskutiert, dass Fußball-Amateurspiele nicht mehr unter Flutlicht ausgetragen oder öffentliche Veranstaltungen abgesagt werden sollen?

Unbegründete Bedenken

Wenn die Versorgung mit Strom kein Problem sein sollte, wären stromgebundene Einschränkungen nicht zu rechtfertigen.

Und so erscheint es, als wäre diese Habecksche Behauptung vorgeschoben, um nicht die für die grüne Partei emotional schwierige Frage der Weiternutzung der verbliebenen Kernkraftwerke beantworten zu müssen.

Es wurde seitens seines Ministeriums ja bereits der Versuch unternommen, die begrenzte Nutzung der Kernenergie über den 31. Dezember hinaus als unmöglich darzulegen: kein ausreichendes Personal mehr, keine Genehmigung mehr, keine Brennstäbe mehr, zu großes Risiko. Diese „Bedenken“ wurden jedoch vom Branchenverband Kernenergie oder auch dem TÜV Süd als unbegründet beziehungsweise überwindbar verworfen.

Daher muss jetzt die amtliche Erzählung erhalten: „Stromproblem gibt’s nicht“, während wir gleichzeitig das Streckennetz der Bahn mit kohlebeladenen Transportzügen versperren und damit massive Behinderungen des Personenverkehrs in Kauf nehmen. Von der desaströsen CO₂-Bilanz ganz zu schweigen.

Es ist nachgerade erstaunlich, wie sehr Robert Habeck an der Kohleverstromung gelegen ist. So, als wäre die massive Schädigung des Klimas akzeptabel, wenn es um die Wahrung des Anti-Atomkraft-Gründungsmythos der Grünen geht. Ideologischer geht es wohl kaum.

Es ist ein miserabler Treppenwitz, wenn nordamerikanisches Frackinggas, das in großen Tankern über den Atlantik gebracht werden muss, für den grünen Koalitionspartner völlig okay ist, während das Schiefergas, das wir aus heimischen Quellen gewinnen können und bei dem die Wertschöpfung im Land geschieht, als indiskutabel verworfen wird. Es ist eine intellektuelle Zumutung, wenn wir jetzt unser Öl statt aus Russland von anderen zweifelhaften Staaten beziehen, die eigenen Ölvorkommen aber unangetastet lassen sollen.

Dass die Gewinnung heimischen Öls und vor allem Gases außerdem hilft, den Preisanstieg für Energie zu bremsen, und dabei gleichzeitig auch die Inflation senkt, muss ebenfalls berücksichtigt werden.

Faktische Kapitulation

Um nicht missverstanden zu werden: Bei der Gewinnung zusätzlicher energetischer Möglichkeiten darf es kein „Entweder-oder“ geben. Es muss ein „Sowohl-als-auch“ sein. Wir müssen verschiedene energiepolitische Mosaiksteine zusammentragen, um die Strom- und Wärmeversorgung für den kommenden Winter – und darüber hinaus – in einem möglichst breiten Mix zu gewährleisten.

Ich will nicht die Warnung des Städtetages wahr werden lassen, dass wir uns im Winter auf öffentliche „Wärmehallen“ einstellen müssen, in denen Alte und Arme untergebracht werden sollen, weil die Wärmeversorgung bei den Menschen zu Hause nicht mehr zuverlässig gewährleistet ist.

Kommunen bereiten sich mit Wärmehallen auf Notlage vor

Gas ist im Moment ein knappes Gut und es scheint so, als ob das auch längere Zeit so bleiben könnte. Viele Kommunen bereiten sich bereits auf den Ernstfall vor und überlegen, Wärmehallen in Betrieb zu nehmen.

Dies wäre nicht nur ein Sieg Wladimir Putins, der in Kalter-Krieg-Manier solche Bilder auszuschlachten versteht und erklären könnte, dass er uns in letzter Konsequenz auch ethisch-moralisch in die Knie zwingen kann. Es wäre, viel schlimmer, die faktische Kapitulation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das auf den Werten des Humanismus gründet und das die Menschenwürde als oberstes Ziel definiert.

Deshalb muss jeder energiepolitische Mosaikstein in ein großes Gesamtbild eingefügt werden. Eine Politik, die aus individuellen emotionalen Befindlichkeiten am Ende nicht alles dafür getan hat, Schaden von unserem Land abzuwenden, werde ich jedenfalls nicht mittragen.

Wolfgang Kubicki (FDP) ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages.